© [M] Alexander Raths - Fotolia

Statistisches Bundesamt: Befragung zu bürokratischen Belastungen

Unternehmen stellen Verwaltungen ein ordentliches Zeugnis aus

Es ist ein interessantes Ergebnis, das das Statistische Bundesamt in seiner Erhebung zur „Wahrnehmung von bürokratischen Belastungen durch Unternehmen“ zu Tage gefördert hat: Obwohl Unternehmer und Selbstständige viel Misstrauen über die deutsche Bürokratie und die damit verbundene Arbeitszeit verbreiten, ist es um die Zufriedenheit mit den behördlichen Dienstleistungen gar nicht so schlecht bestellt. Dies gilt über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg – auch im Gesundheits- und Sozialwesen.

Die Bundesregierung hat die Befragung der Unternehmen in Auftrag gegeben, denn Bürokratieabbau ist eines der erklärten Ziele von Bundeskanzlerin Angela Merkel und wurde auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD festgeschrieben. 1572 Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen wurden zu ihrer Zufriedenheit mit den Behörden und deren Dienstleistungen befragt. Betrachtet wurden 16 Einflussfaktoren, die bei der Bewertung einer Behördenleistung wichtig sind.

Unverständliche Formulare

Gut abgeschnitten haben dabei die Unbestechlichkeit und Diskriminierungsfreiheit in deutschen Behörden. Deutlich weniger zufrieden waren die Betroffenen mit der Verständlichkeit des Rechts sowie mit der Verständlichkeit von Formularen und Anträgen. „Es handelt sich um subjektive Wahrnehmung“, erläuterte der Präsident des Statistischen Bundesamts, Dieter Sarreither, bei der Vorstellung des Berichts in Berlin.

Bürokratische Belastungen können zudem kleinere Unternehmen aufgrund der personellen und finanziellen Ausstattung stärker betreffen als größere Unternehmen. In der subjektiven Wahrnehmung lassen sich laut der Studie jedoch keine relevanten Unterschiede ausmachen. Offenbar gibt es aber bei kleinen Unternehmen bestimmte Bereiche bürokratischer Dienstleistungen, mit denen diese Unternehmen deutlich unzufrieden sind. „Insgesamt stellt die Wirtschaft der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ein ordentliches Zeugnis aus“, sagte Behördenchef Sarreither.

Trotz der vergleichsweise guten Noten sieht Professor Dr. Helge Braun (CDU), Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung, durchaus weiteren Handlungsbedarf. „Wenn die Verständlichkeit von Recht, Formularen und Verfahren eine Hürde ist, dann ist dies ein Bereich, in dem der Bundesgesetzgeber für Verbesserungen sorgen kann“, sagte er bei der Vorstellung des Berichts. Ein Plan der Bundesregierung sei

es darüber hinaus, Zuständigkeiten von Behörden zu bündeln. „Ganz neudeutsch heißt das One-Stop-Agency“, sagte Braun, der das aus den USA stammende Modell vorstellte. „Bürokratie wird nach wie vor als belastend wahrgenommen.“ Allerdings habe es bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Verbesserungen gegeben. „Es ist aber schwer, dankbar zu sein für den Schmerz, den man nicht mehr hat“, sagte Braun. *Sabine Schmitt*

Bürokratie – Alles im Lot?

Die Bundesregierung hat eine Umfrage in Auftrag gegeben. Ergebnis: Die deutsche Verwaltung arbeitet ordentlich. Neustadt ist nicht Neapel, in Bergisch-Gladbach geht es ohne Bakschisch – wunderbar. Aber ist das das eigentliche Problem?

Der Fisch stinkt immer vom Kopf, sagen wir in Norddeutschland. Die Verwaltung setzt das um, was ihnen Politiker in Gesetzen und Verordnungen geschrieben haben. Von den Folgen können derzeit namentlich Zahnärztliche Praxen ein Lied singen. Die letzte Erhebung des Normenkontrollrates ergab, dass der Bürokratieaufwand in (Zahn-) Arztpraxen über vier Milliarden Euro jährlich verschlingt. Durchschnittlich 96 Tage pro Jahr und Praxis ist eine Person nur damit beschäftigt, bürokratische Vorgaben abzuarbeiten. Tendenz steigend. Noch nicht gerechnet, die Verwaltungsaufgaben, die uns die KZVen (gegen Gebühr) abnehmen.

Der Beamte sucht vor allem Sicherheit, deswegen ist ihm die „Denke“ eines Selbständigen fremd. Die wichtigste Frage scheint häufig nicht zu sein „Wie löse ich ein Problem?“, sondern „Welche Vorschrift wurde nicht beachtet?“. „Ungeregeltes“ ist ihm ein Gräuel – auch wenn es funktioniert. Polizisten sitzen vor Computern und füllen Statistiken aus, statt im öffentlichen Raum als Schutzmann präsent zu sein, Zahnärzte füllen Ordner mit Belehrungsbögen, Freigabeprotokollen, Antragsformularen, behördlichen An- und Abmeldungen und vielem mehr. Wenn etwas nicht nach Wunsch läuft, muss eine neue Vorschrift her. Dabei steht inzwischen mehr auf dem Spiel, als nur die freie Arztwahl. Der Staat leistet schon viel, wenn er seine Bürger in Ruhe arbeiten lässt, meint

*Joachim Hüttmann
DFZ-Chefredakteur*